Fragen und Antworten zum Thema „Ziviklausel“

1. Was ist eine Ziviklausel?

Eine Ziviklausel ist eine Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen wie Universitäten, ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu forschen. Das setzt voraus, dass die Universität nicht für Einrichtungen der Bundeswehr oder der Rüstungsindustrie forscht, also keine Drittmittelkooperationen mit diesen Einrichtungen eingeht.

2. Warum setzen wir uns für eine zivile Ausrichtung der Forschung ein?

Gerade in Krisenzeiten stehen Bildung und Wissenschaft in der Verantwortung, zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme beizutragen und für menschenwürdige Lebensverhältnisse und Frieden weltweit zu forschen. Die Universitäten sollten und können Kriegs- und Friedensursachen ergründen, Strategien ziviler Konfliktlösungen entwickeln und für internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung eintreten.

Dem steht entgegen, dass Rüstungsunternehmen und Militär in alle Bereiche der Forschung drängen: Die Informationsstelle Militarisierung Tübingen listet allein 60 zivile deutsche Hochschulen auf, an denen sich Wissenschaftler_innen mit wehrmedizinischen Fragestellungen befassen.

3. In welchen Bereichen findet Rüstungs- und Militärforschung an Hochschulen statt?

Besonders häufig sind Ingenieur- und Naturwissenschaften involviert, wie z.B. der Maschinenbau, die Informatik oder die Nanotechnik. Nicht nur weil die Militärindustrie stets nach kriegstechnologischer Optimierung strebt, sondern auch weil die Rüstungsindustrie durch Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen ihre Forschungs- und Entwicklungskosten senken kann, wird von Seiten der Rüstungsindustrie eine Kooperation mit öffentlichen Forschungseinrichtungen angestrebt.

Allerdings geraten nicht nur Ingenieur_innen und Naturwissenschaftler_innen zunehmend ins Blickfeld von Rüstungsindustrie und Militär. An der Universität Potsdam existiert der Studiengang „Military Studies“, der sich aus Militärgeschichte und Militärsoziologie zusammensetzt, wobei das verantwortliche Institut für Soziologie der Universität Potsdam mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) und dem Sozialwissenschaftlichen Institut (SOWI) der Bundeswehr zusammenarbeitet. Was das SOWI unter Wissenschaft versteht, spricht Bände: „die Forschungsplanung [...] orientiert sich überwiegend am Erkenntnis- und Unterstützungsbedarf des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr.“ (Jahresbericht des SOWI 2006).

4. Findet an der Universität Osnabrück Rüstungs- und Militärforschung statt?

Laut Aussage des Präsidiums findet an der Universität Osnabrück keine unmittelbar kooperative Rüstungs- bzw. Militärforschung statt. Nichtsdestotrotz besteht auch an unserer Universität die grundsätzliche Problematik des sogenannten „Dual Use“. Unter diesem Begriff werden Forschungen subsumiert, deren Ergebnisse nicht eindeutig zivilem Nutzen zuzuordnen sind, sondern auch von militärischem Interesse sein können. Insbesondere die Naturwissenschaften sind davon betroffen. An der Universität Osnabrück fallen vor allem Forschungsbereiche wie die Robotik oder Cognitive Science als diesbezüglich besonders sensibel ins Auge. Dabei lässt sich die „Dual Use“-Problematik solcher Forschungsfelder durch klare Distanzierung der betroffenen Fächer von den Interessen der Rüstungsindustrie und denen des Militärs entschärfen. In Zweifelsfällen sollte an der Universität Osnabrück eine Ethikkommission über die Akzeptanz potentieller „Dual-Use“-Forschungsprojekte entscheiden und die jeweilige Kompatibilität mit der einzurichtenden Zivilklausel prüfen.

Dass die Universität Osnabrück keine dezidierte Rüstungs- und Militärforschung betreibt, ist im Sinne ihrer Aufgabe für ein Mitwirken an der Gestaltung einer zivilen Gesellschaft lobenswert und zugleich Ansporn, diese zivile Ausrichtung dauerhaft fortzuführen und mittels der Einführung einer Zivilklausel zu perpetuieren.

5. Verstößt die Zivilklausel nicht gegen die grundgesetzlich zugesicherte Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre?

Nein. Die Freiheit der Wissenschaft entbindet nicht von der sogenannten Treue zur Verfassung. Die im Grundgesetz festgeschriebene Würde des Menschen, die Friedensfinalität und das Sozialstaatsgebot sind nicht losgelöst von der Wissenschaftsfreiheit. Sie bilden eine Einheit – und zwar aus guten Gründen: Sowohl das Grundgesetz als auch die darin verankerte Wissenschaftsfreiheit sind Konsequenzen aus der Einsicht und dem Vermächtnis „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“:

Zur Zeit des deutschen Faschismus haben die Hochschulen wesentlich zum Vernichtungskrieg und zur Shoah beigetragen. Als Lehre daraus sollte nach dem 2. Weltkrieg die Wissenschaft nie wieder für menschenwidrige Partikularinteressen in Dienst genommen werden, z.B. für Rüstungs- oder Kriegsforschung. Heute aber wird die Freiheit der Wissenschaft in ihr Gegenteil verkehrt: zur „Freiheit der Wissenschaft, sich zu verkaufen“. So führt die zunehmende Abhängigkeit der Forschung von privaten Geldgeber_innen dazu, dass nur noch geforscht werden soll, was potentiell profitabel ist. Genau das aber widerspricht der Wissenschaftsfreiheit. Frieden und eine zivile Orientierung der Wissenschaft sind dagegen keine Partikularinteressen, sondern liegen im Menschheitsinteresse und stellen daher keine Einschränkung dar.

6. Werden nicht durch eine grundsätzliche Ablehnung der Zusammenarbeit mit Rüstungsindustrie und Militär wichtige Entwicklungen gebremst? Gibt es nicht Neuerungen, die aus der Militärforschung entstanden sind und uns heute den Alltag erleichtern, wie zum Beispiel das Internet?

Der gesellschaftliche Bedarf für bestimmte Innovationen und die wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten, diese zu entwickeln, entstehen nicht erst dadurch, dass das Militär oder die Rüstungsindustrie diesen Bedarf artikuliert. Es hat zwar zivile Abfallprodukte

durch Entwicklungen im militärischen Bereich gegeben – wie das Internet. Aber es waren ausgesprochen teure Nebenprodukte, deren Entwicklung für den zivilen Bereich auf Umwegen verlief. Ein gezielter Einsatz der gleichen Ressourcen zur Entwicklung von Produktivkraft und Technologien im zivilen Bereich würde sehr viel schneller, produktiver, für die Beteiligten erfreulicher und mit eindeutigem humanen Nutzen Erfolg bringen.